

PRESSEMITTEILUNG
DGB-Stadtverband Hannover

DGB: Bundesregierung muss endlich internationales Abkommen gegen Belästigung und Gewalt in der Arbeitswelt ratifizieren

24.11.2022

Am 25. November, dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, machen wir jährlich darauf aufmerksam, dass insbesondere Frauen weltweit in ihrem alltäglichen Leben Gewalt erfahren – auch am Arbeitsplatz, auch in Deutschland. Der DGB fordert deshalb die Bundesregierung auf, die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorgelegte Konvention gegen sexuelle Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz in nationales Recht umzusetzen.

„Die Bundesregierung muss ihrem eigenen Anspruch gerecht werden und die ILO-Konvention 190 – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – endlich ratifizieren“, sagen Margarete Wille und Nicola Lopopolo, Vorsitzende des DGB-Hannover.

Die ILO-Konvention 190 ist ein historischer Meilenstein: Sie bietet die erste internationale Definition von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt und schließt geschlechtsspezifische Vorfälle explizit ein.

Ratifizierung und Umsetzung des ILO-Abkommens in den Mitgliedsstaaten sind ein wichtiger Schritt, um einen klaren Rechtsrahmen gegen Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz zu schaffen. 20 Länder haben das Abkommen bereits ratifiziert, u.a. Italien, Griechenland und Spanien.

Pressestelle

PM 53

Dr. Imke Hennemann-Kreikenbohm
Regionssekretärin

hannover@dgb.de

Telefon: 0511 16387-27
Telefax: 0511 16387-34
Mobil: 0160 7122913

ihk

Otto-Brenner-Str. 1
30159 Hannover

www.niedersachsen-mitte.dgb.de